



Karrais: Wir sind nicht das klimapolitische Sozialamt der Welt

Überbietungswettbewerb der Klimaziele muss enden.

In der heutigen, zweiten Beratung der Gesetzentwürfe zur Änderung des Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetzes Baden-Württemberg - darunter auch eines Entwurfs der FDP/DVP-Fraktion - sagte der klimapolitische Sprecher der FDP/DVP-Fraktion, **Daniel Karrais**:

„Der Klimawandel ist Realität und verlangt entschlossenes Handeln. Klimaschutz gelingt aber nur, wenn der Staat nicht ständig neue Regeln schafft. Mit Registern, Tabellen und Dokumentationspflichten sparen wir keine einzige Tonne CO₂. Auch Horrorszenarien helfen nicht. Dennoch prägen diese Ansätze derzeit die politische Debatte in Baden-Württemberg. Deshalb braucht es eine liberale Kraft, die neue Wege aus dieser Ideenlosigkeit findet.

Unser Gesetzesentwurf bietet Kommunen, Unternehmen und Bürgerinnen und Bürgern eine klare Perspektive. Er reduziert Bürokratie und stärkt das, was Baden-Württemberg besonders auszeichnet: Innovative Lösungen für den weltweiten Klimaschutz. Das gelingt aber nur, wenn wir den Menschen wieder mehr Freiheit zurückgeben. Wir brauchen die Freiheit, eigenverantwortlich über Investitionen in neue Technologien zu entscheiden. Diese Idee wollen wir zum Maßstab für eine effiziente Politik machen. Um das verlorene Vertrauen in die Klimapolitik zurückzugewinnen, stellen wir den Leitgedanken ‚so viel Klimaschutz wie möglich, für so wenig Euro wie nötig‘ in den Mittelpunkt. So können starre Sektorenziele ersetzt werden, die häufig die Flexibilität und Effektivität von Klimaschutzmaßnahmen einschränken.

Unser Vorschlag setzt ein deutliches Zeichen für Zukunftstechnologien wie Wasserstoff, doch wir müssen dabei immer mit Vernunft und Augenmaß vorgehen. Ein Überbietungswettbewerb bei den Klimazielen ist sogar kontraproduktiv. Dieser Zielwettbewerb muss beendet werden. Wir sollten das Klimaziel 2045 anstreben, denn ein zu schnelles Vorgehen verschiebt Emissionen nur ins europäische Ausland. Wenn wir schneller sind, entlastet das wirtschaftlich schwächere Länder, aber wir tragen hier die Kosten und gefährden Arbeitsplätze. Das ist unverantwortlich. Baden-Württemberg ist nicht das ‚klimapolitische Sozialamt der Welt‘. Nur gemeinsam und mit einem starken europäischen Emissionshandelssystem können wir erfolgreich sein. Bürokratische Vorschriften wie die Photovoltaik-Pflicht werden dann überflüssig.

Jetzt ist es an der Zeit, Symbolpolitik hinter uns zu lassen und mit realistischen und pragmatischen Maßnahmen echten Klimaschutz zu erreichen. Baden-Württemberg braucht endlich eine Politik, die



Innovationen fördert und den Menschen sowie Unternehmen wieder mehr Freiräume gibt, aber trotzdem das Ziel eines nachhaltigen Landes nicht aus dem Blick verliert.“